

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/3664 (neu)

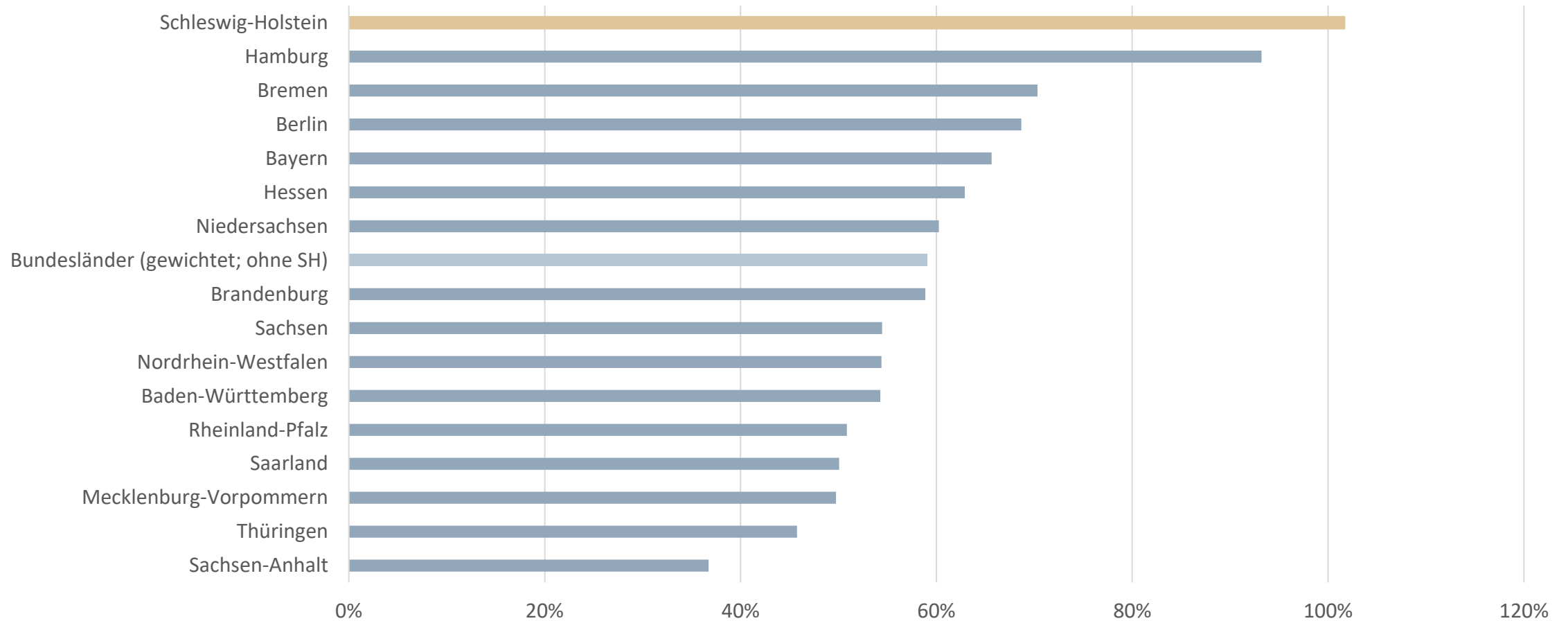


1

Investitionsquote

Schleswig-Holstein: Stärkster Ausgabenanstieg unter den Ländern

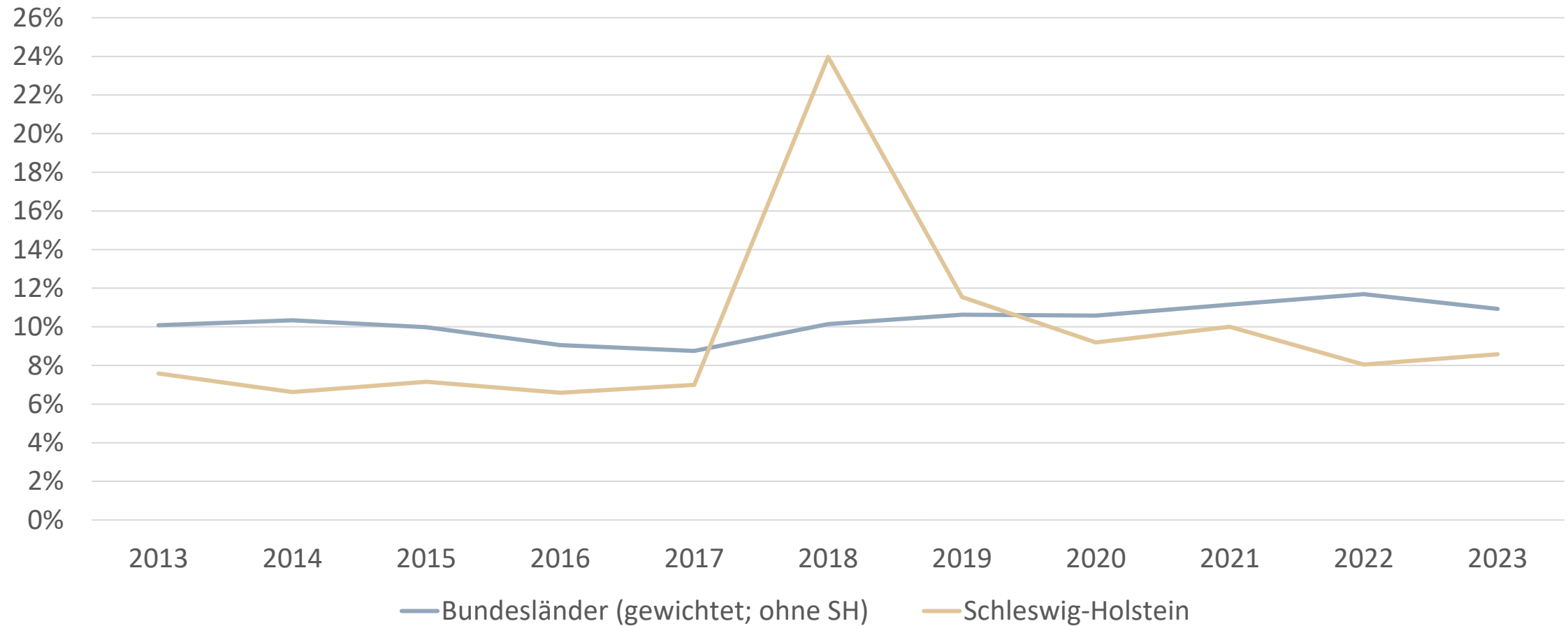
Zuwachs der Gesamtausgaben von 2012 bis 2023



Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

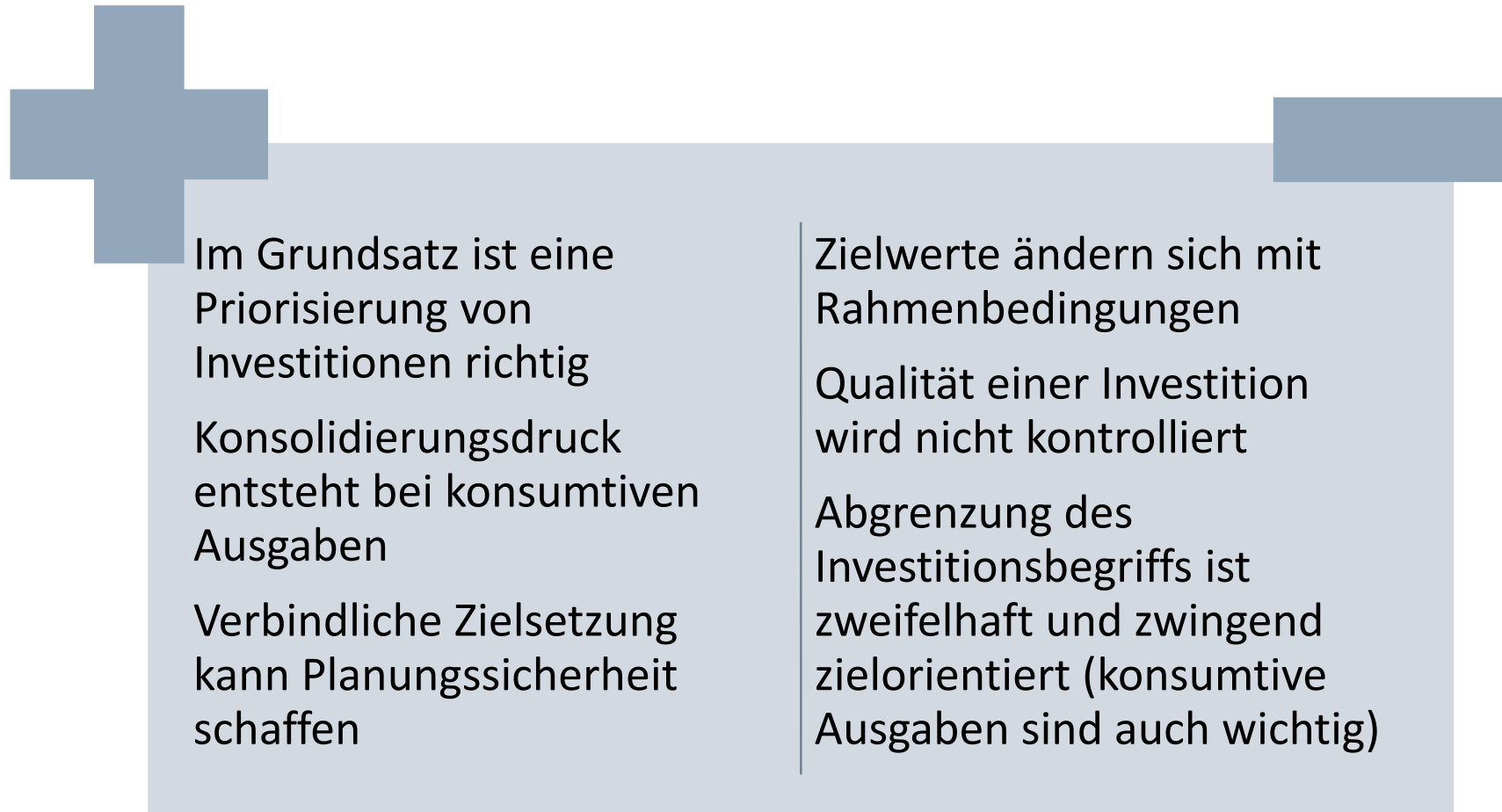
Schleswig-Holstein: Investitionen unterdurchschnittlich hoch

„Investitionsquote“: Anteil der Ausgaben der Kapitalrechnung an den Kernhaushalten



Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Investitionsquote: Guter Gedanke, aber in der Praxis riskant

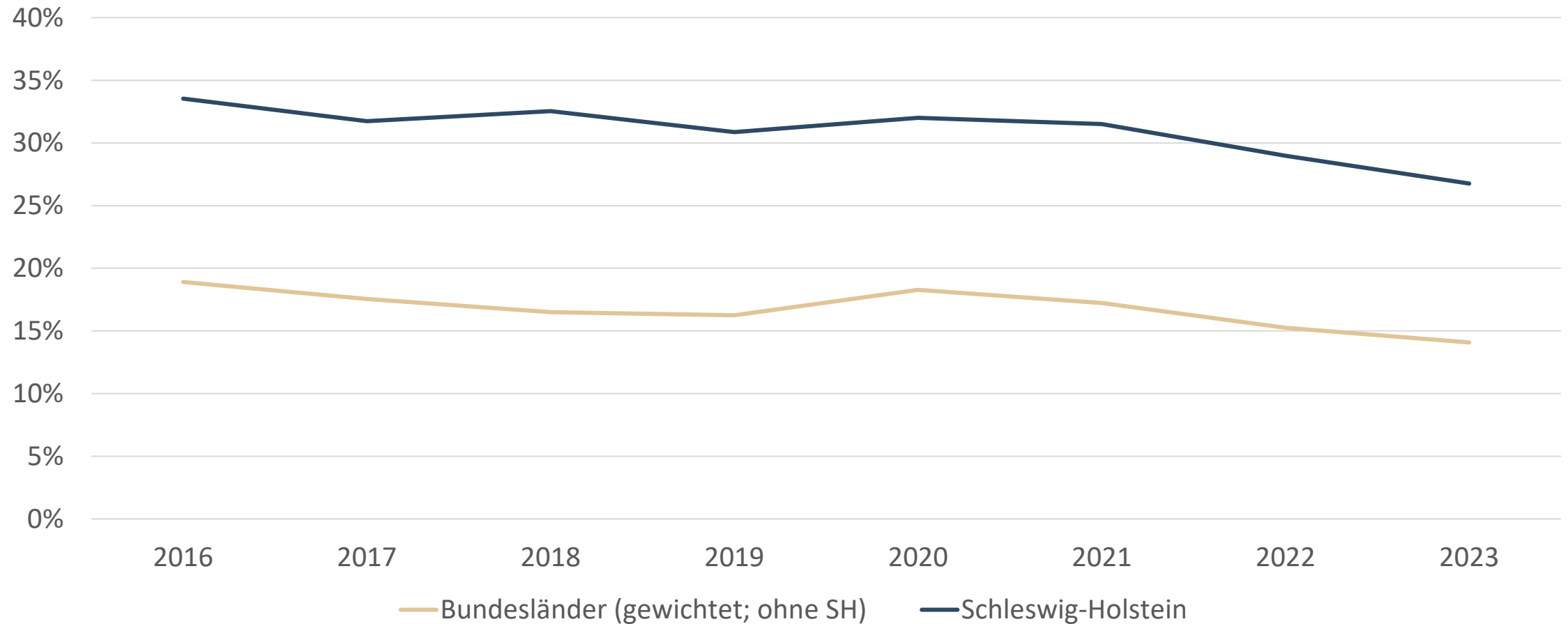


2

Schuldenbremse

Schleswig-Holstein: Schulden im Ländervergleich gering

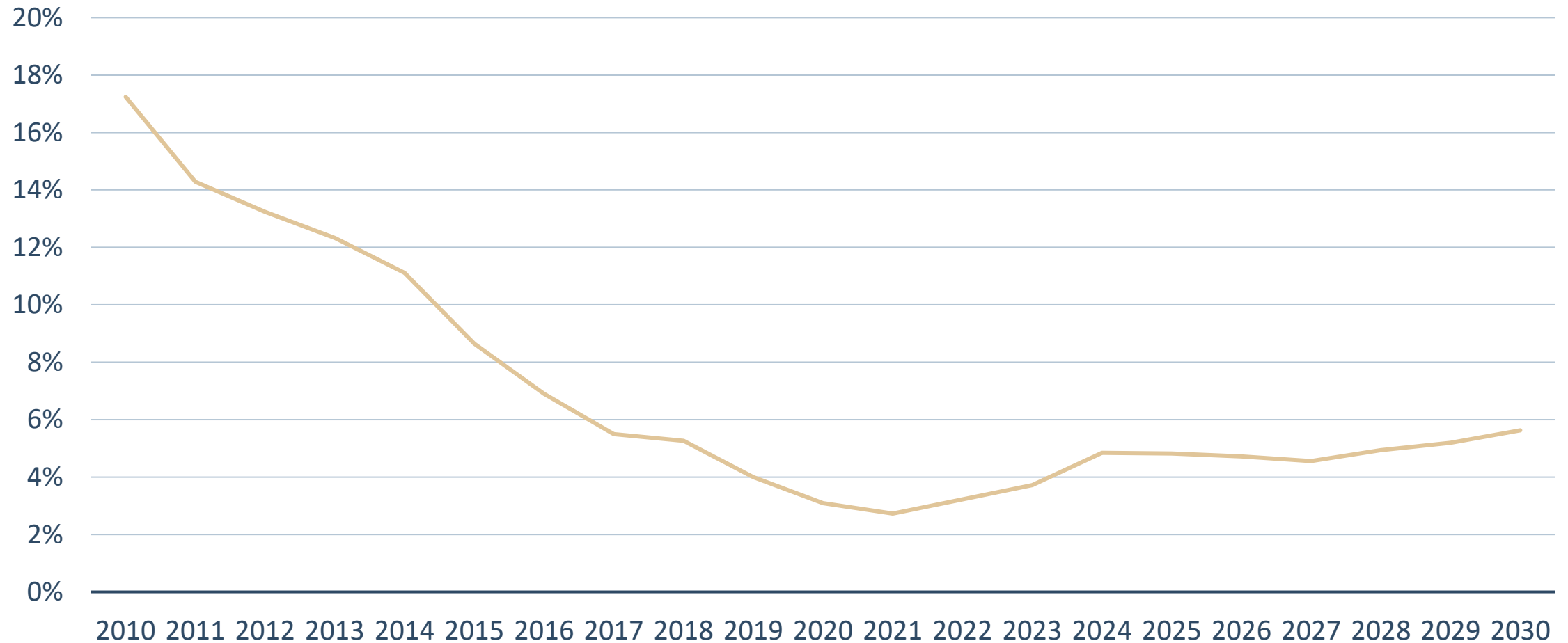
Schuldenstand der Länder (ohne Kommunen) in Prozent des regionalen BIP



Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnung

Steigende Zinsen setzen Haushalt unter Druck

Zins-Steuer-Quote: Zinsausgaben als Anteil der Steuereinnahmen (Prognose ab 2024)



Quellen: Schleswig-Holsteinisches Finanzministerium; eigene Berechnung

Konzeption der Schuldenbremse nicht zukunftsorientiert

Handlungsspielraum ist begrenzt

-
1. **Struktureller Verschuldungsspielraum** für Länder nicht gegeben, dabei geht es angesichts des Investitionsbedarfs und der Standortchwäche vor allem um wachstumspolitische Herausforderungen

 2. **Konjunkturkomponente** soll im Auf- und Abschwung symmetrisch wirken, daher kein struktureller Lösungsbeitrag; Bund hat kleinere Anpassungen vorgenommen

 3. **Finanzielle Transaktionen:** Ausweichreaktion, um Ziele umzusetzen (Bsp. Eigenkapitalaufstockung und Darlehen bei Staatsbeteiligungen, Generationenkapital)

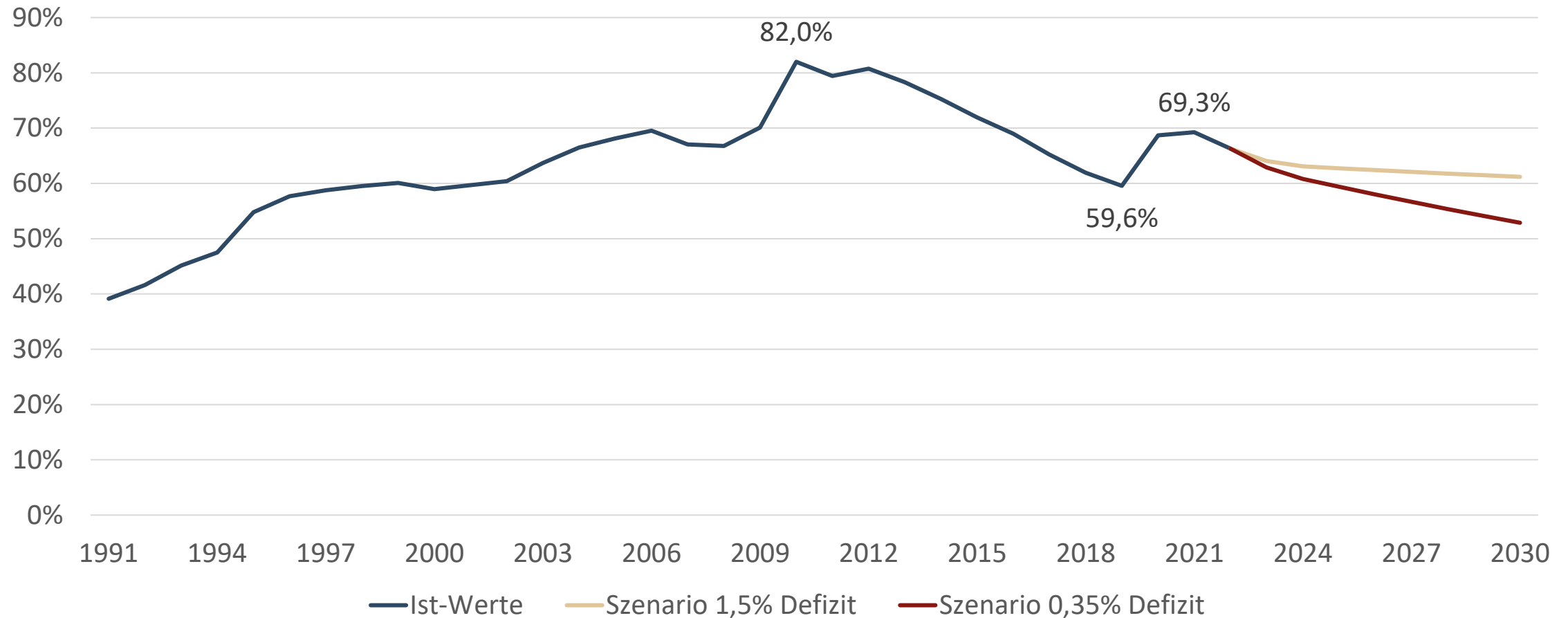
 4. **Aussetzen der Regelgrenze in Notlagen:** fehlender Anpassungspfad nach Ende der Notlage erschwert den Übergang; Explizite Tilgung der Kredite fragwürdig, da es insgesamt um Schuldentragfähigkeit gehen sollte
-



Struktureller Verschuldungsspielraum ist aus ökonomischer Sicht der Schlüssel; technische Korrekturen sollten gleichwohl zudem erfolgen

Spielraum trotz Schuldenanstiegs und Zinswende vorhanden

Gesamtstaatliche Schulden gemäß Maastricht-Vertrag in Prozent des BIP



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft

Dr. Tobias Hentze

Leiter Cluster Staat, Steuern und Soziale Sicherung

0221 4981-748

hentze@iwkoeln.de

iwkoeln.de

